Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein

Abteilung Vollstreckungssachen (Immobiliar)

Az.: 3 K 54/24 Ludwigshafen, 12.09.2025

Terminsbestimmung:

Im Wege der Zwangsvollstreckung auf Antrag des Insolvenzverwalters soll am

Datum	Uhrzeit	Raum	Ort
Freitag, 28.11.2025	10:00 Uhr	VII, Sitzungssaal	Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigs- hafen

öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung:

Eingetragen im Grundbuch von Ludwigshafen

Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum

ME-Anteil	Sondereigentums-Art	SE-Nr.	Sondernutzungsrecht	Blatt
258,27/10.000	Wohnung	12	am Kellerraum lit. "H"	13257
				BV 1,
				2zu1

an Grundstück

Gemarkung	Flur, Flur- stück	Wirtschaftsart u. Lage	m²
Ludwigshafen	130	Gebäude- und Freifläche	766
		Bismarckstraße 83, Schulstraße 1	

Objektbeschreibung/Lage (It Angabe d. Sachverständigen):

Wohnung im 6. OG eines Wohn- und Geschäftshauses bestehend aus 2 Zimmern, Küche, Bad und Abstellraum, Wfl. ca. 69,33 gm, Kellerraum vorhanden, Baujahr ca. 1960er Jahre;

<u>Verkehrswert:</u> 170.000,00 €

<u>Weitere Informationen unter www.zvg-portal.de / www.versteigerungspool.de / www.zvg.com</u>

Der Versteigerungsvermerk ist am 17.09.2024 in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Insolvenzverwalter widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hinweis:

Gemäß §§ 67 - 70 ZVG kann im Versteigerungstermin für ein Gebot Sicherheit verlangt werden. Die Sicherheit beträgt 10 % des Verkehrswertes und ist sofort zu leisten. <u>Sicherheitsleistung durch Barzahlung ist ausgeschlossen.</u>

Bietvollmachten müssen öffentlich beglaubigt sein.